

Sind Frauen die am stärksten diskriminierte Mehrheit?

Quoten machen Frauen schlecht: Jene, die's nicht schaffen, schaffen es trotz Quote nicht. Und jene, die's schaffen, nur dank Quote



René Scheu

Auch wer den dauerpräsenten Diskriminierungsdiskurs ermüdend findet, dürfte zugeben: Minderheiten haben guten Grund, sich gegen Benachteiligungen zur Wehr zu setzen. Die moderne Eidgenossenschaft ist nichts anderes als ein mutiges Experiment, das seine höhere Berechtigung daraus zieht, dass es Minderheiten sprachlicher, kultureller und konfessioneller Art überproportional viel Macht und Mitsprache einräumt. Bleibt die Frage: Haben auch die Mehrheiten Grund, sich benachteiligt zu fühlen?

Die prominenteste Mehrheit der Schweiz stellen die Frauen. 100 Bewohnerinnen der Eidgenossenschaft müssen sich - rein statistisch gesehen - 97,7 Männer teilen. Trotz einer Nettoerwerbsquote von gegen 80 Prozent scheinen berufstätige Frauen in der Schweiz in leitenden Gremien privatwirtschaftlicher Unternehmen untervertreten zu sein. Dafür kann es nach herrschender Lesart nur eine plausible Begründung geben: Sie werden systematisch diskriminiert. Dass der

derzeitige Zustand die Entscheidungen emanzipierter Individuen in einer ökonomisch getriebenen Gesellschaft repräsentiert - undenkbar. Frauen sind somit die am stärksten diskriminierte Mehrheit der Schweiz. Sie bedürfen dringend der Obhut von Vater Staat: Her mit der Quote!

Während Christiane Brunner im Jahre 2000 mit ihrer Initiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» noch glorios scheiterte (Nein-Anteil unter Stimmbürgerinnen: 72 Prozent), macht sich im Jahre 2014 selbst Economicsuisse für eine Frauenquote stark - diesmal sogar in der Privatwirtschaft. Im neuen «Swiss Code» für Publikumsgesellschaften wirbt der Dachverband der Wirtschaft offensiv für das neue Zwangsmittel: «Dem Verwaltungsrat sollen weibliche und männliche Mitglieder angehören.» Ob Frau Brunner sich hätte vorstellen können, dass dereinst Economicsuisse ihr urlinkes Anliegen mitträgt?

Der Quotendiskurs hat in Medien und Politik längst den Rang einer unantastbaren Ideologie. Nach angeblicher Mehrheitsmeinung gilt die Gleichung: für Frauenquote = für Frauen. Und viceversa: gegen Frauenquote = gegen Frauen. Mainstream ist nun aber nicht das, was die Mehrheit glaubt, sondern das, von dem die Mehrheit glaubt, dass es die Mehrheit glaubt. Wer genau hinhorcht, merkt darum ziemlich bald: Oftmals stellen dieselben Leute die Quote, die sie öffentlich befürworten, in privaten Gesprächen infrage



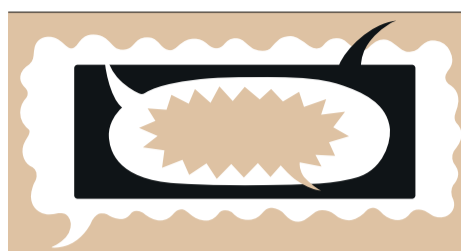
Junge Frauen, die besser ausgebildet sind als ältere Kolleginnen, finden deren Ideen nur noch daneben. Sie wissen, was sie können und sind für eine Leistungsgesellschaft.

- Männer wie Frauen. Auch in der Schweiz herrscht die klassische Doppelmoral avancierter Wohlfühlgesellschaften.

Wer noch genauer hinsieht, erkennt noch Erstaunlicheres: Es sind nicht die Frauen, sondern die Frauen 50+, die in Medien und Politik die Deutungshoheit in der Quotenfrage beanspruchen. Sie haben mit ihren Anliegen erfolgreich Karriere gemacht. Jüngere Frauen, die besser ausgebildet sind als ihre älteren Kolleginnen und auch als ihre gleichaltrigen Kollegen, finden deren Idee nur noch daneben. Und schädlich. Sie sind für eine Leistungsgesellschaft, nicht für eine Privilegiengesellschaft. Denn sie wissen, was sie können.

Angela Merkel führt die grösste Wirtschaftsmacht Europas an, Janet Yellen steht an der Spitze des Fed, Marissa Mayer an jener von Yahoo, und die Regierung eines kleinen Landes mitten in Europa war bis vor kurzem mehrheitlich in Frauenhand - wer glaubt in solchen Zeiten im Ernst, dass sich Männer gegen ambitionierte Frauen verschworen haben? Wenn schon Verschwörungstheorie, dann bitte richtig: Die Frauenquote ist eine üble Männererfindung, um Frauen zu diskriminieren. Jene, die's nicht schaffen, schaffen's trotz Quote nicht. Und jene, die's schaffen, schaffen's nur dank Quote. Das haben die Frauen nicht verdient.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Magazins «Schweizer Monat».



Showdown

Francesco Benini

Sie möchten also Schweizer und Bürger unserer Stadt werden?»
«Ich hege diesen Wunsch schon lange, ja.»
«Wollen Sie damit sagen, die Wartezeit sei zu lange?»

«Das würde ich mir nie erlauben.»
«Gut. Sie wohnen in Winkeln. Können Sie mir weitere St. Galler Stadtquartiere nennen?»

«Neudorf, St. Georgen, Riethüsli, Rotmonten, Linsebühl, Hölzli, Lachen.»
«Das reicht.»

«Bruggen, Haggen, Altstadt, St. Leonhard, Heiligkreuz, Krontal, Kesselhalden.»

«Aufhören! Das ist hier kein Geografiequiz. Was fällt Ihnen zur Geschichte der Stadt St. Gallen ein?»

«Gallus, ein Wandermönch, stürzte 612 in einen Dornbusch beim Wasserfall der Mühleggslucht. Er deutete dies als Zeichen Gottes und lebte hier fortan als Eremit. Otmar gründete rund hundert Jahre später an diesem Ort eine Abtei.»

«Ja, ja, Gallus, der gute Ire.»

«Das ist nicht sicher.»

«Was ist nicht sicher?»

«Gallus stammte entweder aus Irland oder aus den Vogesen. Die Historiker sind sich nicht einig.»

«Unsere Stadt soll von einem Froschschinkel-Mampfer gegründet worden sein? Das wäre mir ja das Neuste. Nun gut. Wenn ich Ihnen sage, der liebe St. Galler Dialekt gehört zur alemannischen Sprachfamilie, ist das korrekt?»

«Fast.»

«Was soll das heissen, «fast?»

«Der Dialekt dieser Gegend ist nicht nur alemannisch, sondern hochalemannisch.»

«Und was fällt Ihnen zum Sport ein?»

«FC St. Gallen, gegründet 1879, ältester Fussballverein Kontinentaleuropas, Schweizer Meister 1904 und 2000.»

«Es tut mir leid. Das wird leider nichts mit Ihrer Einbürgerung.»

«Aber wieso denn nicht?»

«Mir scheint, Sie sind überqualifiziert.»

TV-Kritik Von Michael Furger

Eine Sendung, die duftet, stinkt und auch noch bildet

Einstein – Leben wie im Barock
SRF1, 16. Oktober, 21 Uhr

Mehr Show, weniger spröde Wissensvermittlung: Als die Sendung «Einstein» vor sieben Jahren das Wissenschaftsformat «MTW» ablöste, goutierten das nicht alle. Man kann das zu einem gewissen Teil verstehen. «Einstein» dreht sich um seine Moderatoren. Sie unterziehen sich allerlei Selbstexperimenten und plaudern frisch und froh darüber. Zu viel Eigeninszenierung kann nerven, allerdings nur dann, wenn daneben wenig geboten wird.

Das war in der Spezialsendung zum Barock nicht der Fall. Das Moderatorenpaar Kathrin Hönegger und Tobias Müller wandeln zwar im vollen Ornat samt Zapfenlocken-Perücke durch die Gemäcker von Schloss Heidecksburg in Rudolstadt; dort findet gerade ein Barock-Fest statt. Man sieht sie beim Tanz, beim Kutschenfahren und beim Stöhnen über das sperrige Kostüm. Aber die Selbstdarstellung hält sich in Grenzen. Ein Historiker begleitet beide und ordnet ein, was ihnen widerfährt; von der Tischkultur bis zum Latrinengang.

Im Mittelpunkt stehen drei Beiträge, und die sind ausgezeichnet: Thematisch gut gewählt, fundiert recherchiert und schön erzählt. Das gilt für den Bericht über den Universalgelehrten Francis Bacon und den



Frisuren wie ein Hochlandrind: Kathrin Hönegger und Tobias Müller moderieren in barocker Kostümierung aus einer Pferdekutsche.

Aufbruch der Wissenschaft im Barock ebenso wie für den Beitrag über Porzellan.

Höhepunkt der Sendung ist ein Ausflug in die Welt der Gerüche. Ein Parfumeur baut mit Hönegger den Körpergeruch der Menschen im Barock nach (man wusch sich in jener Zeit ungerne). Danach brauen die beiden ein Parfum aus damals verfügbaren Zutaten. Damit das Publikum dies unmittelbar erleben konnte, verschickte das Fernsehen vor der Sendung 140 000 Duftkarten an interessierte Zuschauer. Wer mit dem Finger über bestimmte Felder auf der Karte rieb, roch, womit die beiden im TV hantierten, etwa mit dem in der Parfümerie geschätzten Bibergeil, einem animalisch riechenden Sekret aus den Hoden des Bibers. Eine originelle Idee gut umgesetzt.

Fernsehen als Erlebnis, das hat «Einstein» in der Barock-Sendung sehr gut hingekriegt. Fernsehen als Wissensvermittlung ebenfalls - magna cum laude.

Grenzerfahrung

Unbegreifliche Kehrtwende



Marina Masoni

Die Kapitalgewinnsteuer ist wieder auf dem Tisch. Nicht etwa auf Anregung der Linken, sondern des Bundesrates, leise und unauffällig, in der Vernehmlassungsvorlage zur Unternehmenssteuerreform III. Noch im Jahr 2001 hatte der Bundesrat die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund geforderte Besteuerung von Kapitalgewinnen bekämpft. Doch jetzt lanciert er die Idee sogar selbst, obwohl Volk und Stände sie damals deutlich verworfen haben.

Man darf seine Meinung durchaus ändern, doch sollte es sehr gute Gründe dafür geben. Solche sind jedoch im Bericht zur Unternehmenssteuerreform III nicht zu erkennen. Der Bundesrat beruft sich auf die notwendige Vereinfachung der Steuergesetzgebung und will die erwarteten Steuerausfälle aus der Reform wettmachen.

Beunruhigend an der bundesrätlichen Flucht nach vorne ist, dass die angestrebte Kapitalgewinnsteuer weit über die damals vom Volk verworfene Forderung des Gewerkschaftsbundes hinausgeht. Dieser hatte einen Einheitssatz von mindestens 20 Prozent auf den Kapitalgewinn verlangt. Nun will die Regierung den Kapitalgewinn

zu den anderen Einkommen der natürlichen Personen schlagen und als solches besteuern. Dies würde zu progressiven und deutlich höheren Steuersätzen führen. Mit einem Unterschied: Bei Kapitalgewinnen aus Beteiligungsrechten sollen 70 Prozent in die Bemessungsgrundlage einfließen, bei anderen Wertpapieren wären es 100 Prozent. Solche Gewinne würden also zum steuerbaren Einkommen hinzugerechnet, so wie der Eigenmietwert für Hausbesitzer.

Das hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Steuerlast. Im Tessin beträgt der maximale Steuersatz für natürliche Personen 41,5 Prozent (15 Prozent Kantons-, 15 Prozent Gemeindesteuer bei einem Steuerfuss von 100 Prozent, 11,5 Prozent direkte Bundessteuer). Die Grenzsteuersätze können noch höher ausfallen. Beim Verkauf von Aktien würde 70 Prozent des Kapitalgewinnes zum Einkommen hinzugerechnet und entsprechend besteuert, bei Obligationen und anderen Titeln sogar der gesamte Kapitalgewinn.

Wir gehen also nicht nur mehr bürokratischem Aufwand entgegen, sondern auch einem massiven Anstieg der Steuerlast, der unseren Finanzplatz im internationalen Vergleich benachteiligen würde. Italien zum Beispiel besteuert den Kapitalgewinn nach der Steuererhöhung durch die Regierung Renzi mit 26 Prozent (zuvor 20). Und es wird dort keine umfassende Vermögenssteuer erhoben, die - wie in der Schweiz - das Kapital jährlich belastet. Die Kehrtwende des Bundesrates ist unbegreiflich.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.